



# Medienmitteilung

## Jahresmedienkonferenz Preisüberwacher

Datum

24.02.2012

---

**Preisüberwacher Stefan Meierhans hat heute den Jahresbericht 2011 publiziert und über die Fokusthemen und Hauptdossiers 2012 orientiert: Während im vergangenen Jahr das Gesundheits- und Sozialwesen besonders im Fokus standen, steht dieses Jahr das Thema „Frankenstärke“ und namentlich deren Auswirkungen auf die Importpreise sowie die Kosten im Inland für die Export- und Tourismuswirtschaft im Zentrum der Aktivitäten des Preisüberwachers.**

Hauptfokus 2011 bildeten das **Gesundheits- und Sozialwesen**. Grosse Probleme gibt es nach wie vor bei der Umsetzung der neuen *Pflegefinanzierung*. Statt der in Aussicht gestellten Entlastung für die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, kam es infolge einer gesetzeswidrigen Regelung der sog. Restfinanzierung in verschiedenen Kantonen zu einer markanten Mehrbelastung. Dieses Thema wird den Preisüberwacher auch 2012 stark beschäftigen. Der Preisüberwacher hat weiter zu Handen des Bundesrats Stellung genommen zur neuen einheitlichen Tarifstruktur für alle akutsomatischen Spitäler (*Swiss DRG*). Er empfahl, diese nur unter bestimmten Auflagen zu genehmigen. Dieser Empfehlung ist der Bundesrat grossmehrheitlich gefolgt. Gegenüber den Kantonen wird der Preisüberwacher im laufenden Jahr Empfehlungen abgeben zu den normierten Fallpauschalen, den sog. Basisfallwerten oder Baserates.

Näher untersucht hat der Preisüberwacher 2011 das System der Höchstvergütungspreise gemäss der Mittel- und Gegenständeliste (*MiGeL*). Ein Auslandpreisvergleich zeigte zum Teil grosse Preisunterschiede zum Ausland und ein erhebliches Sparpotential auf. Der Preisüberwacher richtete verschiedene Empfehlungen ans zuständige Eidg. Departement des Innern (EDI). In seiner Reaktion darauf stellt das EDI eine generelle Überprüfung der *MiGeL* in Aussicht. Ein Auslandpreisvergleich bei den *Hörgeräten* machte grosse internationale Preisdifferenzen transparent. Ob sich diese aufgrund des 2011 eingeführten Systems mit einer pauschalen Abgeltung verringern werden, erachtet der Preisüberwacher als höchst fraglich. Bei den *Medikamentenpreisen* hat sich der Preisüberwacher erfolgreich für eine konsequente Umsetzung des Auslandpreisvergleichs und entsprechende Anpassungen an die veränderten Wechselkursverhältnisse eingesetzt. Dieser Anpassungsmechanismus wird von der Pharmabranche neuerdings in Frage gestellt.

In den Vordergrund des öffentlichen Interesses rückte im vergangenen Jahr immer stärker das Thema **starker Franken** und die **Nichtweitergabe von Wechselkursvorteilen** bei importierten Waren. Im Rahmen seiner Ombudsfunktion leitete der Preisüberwacher auf ausdrückliches Ersuchen und mit Unterstützung der Politik mehrere Markt- und Preisabklärungen ein. Kontaktiert wurden namentlich Hersteller bzw. Importeure bedeutender Markenartikel sowie die beiden wichtigsten Grossverteiler. Mittlerweile zeigt sich, dass Währungsvorteile doch vermehrt den Endkunden weitergegeben werden. Der Preisüberwacher plant, Mitte 2012 über weitere Erkenntnisse der laufenden Arbeiten zu berichten.



Angesichts der Währungssituation und des konjunkturellen Umfeldes fokussiert sich der Preisüberwacher im laufenden Jahr zudem noch stärker auf die **Kostenfaktoren und Vorleistungen der Export- und Tourismuswirtschaft**. In der aktuellen Situation sind international konkurrenzfähige Preise beispielsweise für die Strom-, Gas- oder Wasserversorgung oder angemessene Post- und Verkehrstarife sowie eine tiefe Belastung mit staatlichen Gebühren und Abgaben essentiell, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und einer Produktionsverlagerung ins Ausland entgegenzutreten. 2012 wird der Preisüberwacher beispielsweise die *Gaspreise* der teuersten Gasverteiler speziell unter die Lupe nehmen. Dazu wurde im letzten Jahr empirische und theoretische Grundlagenarbeit geleistet.

Im **Infrastrukturbereich** beschäftigten den Preisüberwacher letztes Jahr in erster Linie die *Tarife von Bahnunternehmen*. Der Preisüberwacher unterzog das Tarifierungsbegehren des Verbandes öffentlicher Verkehr (VÖV) einer eingehenden Analyse und konnte über einvernehmliche Regelungen erreichen, dass bestimmte Kundenkategorien von einer Erhöhung des Preises für das Generalabonnement verschont blieben. Mit der BLS wurden deutlich reduzierte Erhöhungen der Fahrpreise für den Autoverlad am Lötschberg und für Vielfahrer mit Punktekarten unter der Woche Preissenkungen vereinbart.

Ob der Preisüberwacher im bisherigen Rahmen für die Überprüfung der Tarife des öffentlichen Verkehrs zuständig bleibt, ist in Frage gestellt. Es gibt politische Bestrebungen, die Kompetenzen des Preisüberwachers in diesem Bereich zu beschneiden. Das Parlament diskutiert gegenwärtig eine neue Gesetzesbestimmung, die Gewinnvorgaben des Eigners für den Preisüberwacher als verbindlich zu erklären. Damit würde die wettbewerbsrechtliche Tarifaufsicht im Bereich des öffentlichen Verkehrs stark relativiert. Im Interesse der Bahnkundinnen und Bahnkunden bleibt zu hoffen, dass auf diese auch ordnungspolitisch fragwürdige Gesetzesanpassung verzichtet wird. Parallel zu diesen Entwicklungen läuft zur Zeit die Überprüfung der vom Verband öffentlicher Verkehr VÖV angekündigten Preiserhöhungen per Ende 2012.

Zu einem neuen Thema könnten je nach Ausgang der Referendumsabstimmung über das Buchpreisbindungsgesetz die **Bücherpreise** werden. Gemäss diesem Gesetz hätte der Preisüberwacher den spezialgesetzlichen Auftrag, die Buchpreisentwicklung nach Einführung der gesetzlichen Preisbindung aufmerksam zu beobachten. Nötigenfalls könnte er dem Bundesrat beantragen, in einer Verordnung pro Landesteil maximal zulässige Preisdifferenzen zum Ausland festzulegen. Im Vordergrund stünde indessen die Suche nach einer einvernehmlichen Lösung mit der betroffenen Branche.

#### **Meldungs- und Bearbeitungsstatistik 2011**

2011 bearbeitete die Preisüberwachung 2639 Bürgermeldungen. Diese betrafen am häufigsten Preise und Tarife aus dem *Gesundheitswesen* (385 Meldungen). Zweithäufigster Kritikpunkt war das Nicht-Weitergeben von Wechselkursvorteilen, namentlich bei importierten Zeitschriften und Büchern. Überdurchschnittlich viele Meldungen waren ferner in den Bereichen Brief- und Paketpost, namentlich Zollabfertigung, Bahn- und Luftverkehr sowie Telekommunikation zu verzeichnen.

Von Behördenseite wurden dem Preisüberwacher gemäss Art. 14 PüG und Art. 15 PüG insgesamt 258 Tarifvorlagen zur Stellungnahme unterbreitet. In 56 Fällen gab er eine konkrete Empfehlung ab. Am meisten Interventionen gab es zu Preisen und Tarifen im Gesundheits- und Sozialwesen (27 Fälle). Sehr intensiv nahm der Preisüberwacher sein gesetzliches Empfehlungsrecht auch im kommunalen *Versorgungs- und Entsorgungsbereich*, insbesondere bei Wasser-, Abwasser- und Abfalltarifen wahr (16 Fälle).

#### **Kontakt/Rückfragen:**

Stefan Meierhans, Preisüberwacher, Tel. 031 322 21 02  
Beat Niederhauser, Geschäftsführer, Tel. 031 322 21 03  
Rudolf Lanz, Leiter Recht und Information 031 322 21 05